

Volkssblatt

Redaktion: Telefon 075/2 49 49/50

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

109. Jahrgang - Nr. 67

Können wir die Rezession bewältigen?

Maifeier-Referat von CNG-Präsident Dr. Guido Casetti

Die Frage, ob wir die wirtschaftliche Rezession bewältigen könnten, wie der Titel des Referates von Dr. Guido Casetti, dem Präsidenten des Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz (CNG) lautete, ist auch nach der Maifeier nicht beantwortet. Der CNG-Präsident wollte die schlüssige Beantwortung der Frage, wie er einleitend ausführte, lieber den Prognostikern, den Propheten überlassen. Und damit war der Spannungsbogen, der sich über das Referat hätte spannen sollen, wie sich bald einmal herausstellte, bereits abgebrochen.

Was nachher noch folgte, erweckte den Anschein, sofern es überhaupt der angesprochenen Thematik entsprach, als ob einfach eine Reihe allgemein bekannter, nunmehr wieder aufgewärmter, Fakten aneinandergereiht würde, denen der innere Zusammenhang der logische Zusammenhalt, weit-

gehend fehlte. Auf der andern Seite blieb nicht verborgen, dass ein engagierter Gewerkschaftler vor einer kleinen Schar von Arbeitnehmern die Gelegenheit beim Schopfe packte, um sozialpolitische Forderungen in den Vordergrund zu stellen.

Die Frage des Zeitpunktes eines allfälligen Wiederaufschwunges der Wirtschaft liess Casetti durch den Deutschen Otto Wolf von Amerongen beantworten, der kürzlich erklärt hatte, dass der Aufschwung bestimmt kommen würde, im fünften Quartal. Bei diesem Wiederaufstieg aus der Talsohle, so Casetti, sei jetzt schon mit Bestimmtheit festzustellen, dass der Aufstieg aus der Talsohle nicht mehr so hoch reichen werden wie ehemals der Abstieg aus der Hochkonjunkturphase.

Sehr ausführlich, in prozentualen Anteilen und in absoluten Zahlen, sprach Casetti über die gegenwärtig grassierende Arbeitslosigkeit. Die Ursachen der hohen Arbeitslosenraten liegen nach seiner Ansicht in einer Kombination der verschiedenen Varianten: der konjunkturellen, strukturellen, saisonalen Arbeitslosigkeit.

Die künftige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gebe Anlass zu Besorgnis, weil einerseits im EWG-Raum insgesamt 6 Millionen Arbeitslose registriert seien, in den OECD-Ländern gar 15 Millionen und weltweit, wie das internationale Arbeitsamt in Genf bekanntgegeben hat, über 300 Millionen; andererseits nach einer Studie der UNO bis ins Jahr 2000 rund 1 Milliarde Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, um alle arbeitsfähigen

Menschen beschäftigen zu können. An erster Stelle der Prioritätenliste der Gewerkschaften stehe aus diesem Grunde die Forderung nach einer konjunkturellen Wiederbelebung und Wiedererstarkung der Wirtschaft. Die Regierungen der Industriestaaten seien aufgerufen, die Volkswirtschaften durch geeignete Massnahmen anzukurbeln, die Zahlungsbilanzen in Ordnung zu bringen. Allerdings könnten nationale Alleingänge der einzelnen Staaten diese Aufgabe nicht lösen, statt eines isolierten Vorgehens erhebe sich die Forderung nach der Koordination aller beteiligten Länder.

Ueber den Marsch aus der wirtschaftlichen Talsohle der schweizerischen Volkswirtschaft liegen, wie CNG-Präsident Casetti anhand verschiedener Verlautbarungen zeigte, keine einheitlichen Prognosen und Beurteilungen vor, während ein OECD-Bericht ein wenig optimistisches Bild zeige, weil kaum spürbare ausländische Impulse zu verzeichnen seien und die inländische Nachfrage sich nicht so schnell ankurbeln lasse, verbreite der schweizerische Bundesrat einen gleichsam strahlenden Optimismus. Bundesrat Chevallaz hatte am offiziellen Tag der Schweizer Mustermesse gegen eine übertrieben pessimistische Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage gesprochen und aufgezeichnet, dass die Schweiz die geringste Inflationsrate, die kleinste und noch dazu eine abnehmende Arbeitslosenzahl, einen flüssigen Kapitalmarkt mit niedrigen Zinsen, einen wieder wachsenden Exportmarkt und die schwächste Fiskalität aufweise. Es sehe so aus, bemerkte CNG-Casetti, als ob aus der Sicht

der offiziellen Sprecher die ihm gestellte Frage mit «Ja» beantwortet werden könnte.

Einen Schwerpunkt in seinen Ausführungen setzte Casetti mit seiner Forderung nach sozialer Absicherung der Arbeitnehmer in der Rezessionsphase. Nebenbei bemerkte er, dem Fürstentum Liechtenstein könne für sein fortschrittliches Arbeitslosenversicherungsgesetz ein Lorbeerkränzchen gewunden werden; bis man in der Schweiz so weit sei, müsse die Abstimmung vom 13. Juni abgewartet werden. Unter den Katalog sozialpolitischer Forderungen fällt nach Casetti eine wirksamer Kündigungsschutz, die Regelung der Abgangsentschädigung sowie ein Rechtsschutz für die Arbeitnehmer bei Betriebschliessungen. Eine Untersuchung an der Universität Bern habe ergeben, dass bei den bisherigen Betriebschliessungen alles andere als ein einheitliches Vorgehen gegenüber dem entlassenen Personal festgestellt werden könne.

Schliesslich meinte Casetti, es gelte, bereits jetzt schon einen Blick auf die Zeit nach der Rezession zu werfen. Die globale Zielsetzung für diese Phase der Entwicklung müsse auf die Verbesserung der Lebensqualität für die Arbeitnehmer ausgerichtet sein. Dabei stellte der CNG-Präsident klar, dass der Begriff mehr enthalte, als hinter dem recht plakativen Schlagwort stecke. Mehr Lebensqualität bedeute vor allem eine Umstrukturierung vom quantitativen zum qualitativen Wachstum. In diesem Zusammenhang falle die Forderung der OECD, die ein Acht-Punkte-Programm aufgestellt habe, worunter gehören: Gesundheit, Bildung, Freizeit, Persönlichkeitsschutz.



CNG-Präsident Dr. G. Casetti an der Maifeier 1976 in Triesen: Frage über die Bewältigung der Rezession nicht beantwortet. (Bild: A. Kieber)

Eine wesentliche Forderung für die Arbeitnehmerschaft stelle im weiteren, so Casetti, die Humanisierung der Arbeitswelt sowie die Demokratisierung der gesellschaftspolitischen Entscheidungen dar, wobei Humanisierung Stichworte wie Freiheit, Verantwortung, Entscheidungsfreiheit, Überdenken der Entlohnungsformen umfasse, Demokratisierung vor allem mit dem Begriff der Mitbestimmung zusammenhänge.

Für die Zukunft stehe das Verlangen, die Arbeit als Ganzes zu sehen, so dass der Arbeiter in die Lage versetzt werde, so zu tun, wie es ihm begehre. Allerdings sei eine solche Forderung gegenwärtig noch eine Utopie. Warum, so fragte Casetti zum Schluss, sollten wir eigentlich keine Utopisten sein? Günther Meier

Europa-Konzert

Grossanlass zum Abschluss der AGECE-Tagung in Vaduz

Erstmals wird dieses Jahr die ordentliche Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Chorverbände (AGECE) vom FL Sängerbund organisiert und in Vaduz durchgeführt. Zum Abschluss dieser Arbeitstagung auf europäischer Ebene, findet am Samstag, den 29. Mai im Vaduzersaal ein grosses Konzert unter der Mitwirkung von drei Chören aus Belgien, Dänemark und Italien statt. Im Rahmen dieses Europa-Konzertes hören wir den Brüsseler Jugendchor «Nausikaä», der u. a. altniederländische Lieder singen wird, dann den Chor des Kopenhagener Konzertvereins mit Darbietungen aus dem skandinavischen Liederschatz und den Männergesangverein aus Brixen im Südtirol, der Kompositionen wiedergeben wird, die auch bei uns häufig gesungen werden. — Die AGECE-Tagung selbst, an der mehr als 40 Delegierte aus 14 Ländern teilnehmen, beginnt bereits am Donnerstag im Foyer des Vaduzer Saales. Als Delegierte des Fürstlich-liechtensteinischen Sängerbundes werden dessen Vizepräsident Anton Marxer, dessen Sekretär Theo Jäger und Bundeschormeister Georg Meier an den Arbeitssitzungen der AGECE teilnehmen.

Neues Liechtenstein-Bild?

Diskussion über ein Büro für Öffentlichkeitsarbeit in Paris

Könnte das (nachweislich nicht allerbeste) Bild, das sich die Weltöffentlichkeit von Liechtenstein macht durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit positiv beeinflusst werden? S. D. Prinz Philipp von Liechtenstein beantwortet diese Frage mit einem klaren Ja. Zusammen mit dem Liechtensteiner Robert Altmann (sen.) wäre er bereit, an seinem derzeitigen Pariser Wohnsitz ein Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit (Public relations) für unser Land aufzubauen. Die Kosten nehmen sich angesichts der erhofften Erfolge relativ bescheiden aus: 100 000 Franken im Jahr.

Freilich sind es aber vor allem die Kosten, die neben anderen, eher zweitrangigen Fragen, die Idee eines Pariser Aussenpostens zur Image-Pflege Liechtensteins von vorneherein gefährden. Dies ergab sich aus einer Diskussion, die am Montagabend auf Schloss Vaduz im Beisein von Vertretern des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft unseres Landes stattfand.

Angebot aus Paris

Anlass zu dieser Begegnung in Sachen Liechtenstein-Image war ein seit kurzer Zeit bestehendes Angebot unseres Mitbürgers Robert Altmann, in Paris ein vorhandenes Büro samt einem Fachmann für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung zu stellen. Von dieser Basis

aus sollte unter voller Ausnutzung der Vorteile einer Weltstadt versucht werden, eine Tätigkeit zu entfalten, die unser Land für einmal im positiven Sinne ins Gerede bringen soll. Zunächst in kultureller, dann aber auch in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht.

Keine konkreten Ergebnisse

Erwartungsgemäss ergab die rund einstündige Diskussion keine konkreten Ergebnisse. Wiewohl die Initiatoren bereits sehr klare Vorstellungen präsentierten und praktisch nur noch nach einer geeigneten Rechtsform der liechtensteinischen Trägerschaft des Pariser Projektes Ausschau hielten, führte das Gespräch immer wieder auf die Frage der Finanzierung zurück. Während die Vertreter der Regierung (Vize-Regierungschef H. Brunhart und Regierungsrat Dr. G. Malin) dem Staat nicht noch einen «neuen Rucksack» umbinden wollten, war beispielsweise Landtagsvizepräsident Dr. K. H. Ritter der Meinung, dass liechtensteinische Öffentlichkeitsarbeit in erster Linie eine Aufgabe der öffentlichen Hand, konkreter der Regierung, sei. Auftrags der Industriekammer musste schliesslich deren Sekretär, Herbert Kindle, (vorläufig) einen negativen Bescheid mitteilen. Der Vorstand der Industriekammer habe mit «Desinteresse» auf das Pariser Angebot reagiert.

Wo sind die sieben Aufrechten?

Weil er neuerlich Konsultationen angesichts des in zwei Monate ablaufenden «Angebotes aus Paris» für zu langwierig hielt, plädierte BiL-Direktor Dr. Egmond Frommelt für ein zielbewusstes Vorgehen auf privater Ebene. Sieben Aufrechte dieses für Liechtenstein positive Risiko auf sich nehmen, müssten nach der (sinngemäss wiedergegebenen) Meinung Dr. Frommelts doch gefunden werden. Ob sie sich finden, muss sich bis im Juni erweisen. Dann soll sich auf Vorschlag S. D. Prinz Philipp die gleiche Runde noch einmal zusammenfinden und endgültig entscheiden, ob die Pariser Idee realisiert werden kann oder nicht.

«Les spéculateurs vont au paradis»

Dass dem Liechtenstein-Bild in der Welt eine Korrektur gut käme, wurde von keiner Seite bestritten. Negative Beispiele aus eigener Erfahrung konnten in der Diskussion vom Montagabend namentlich der Leiter der Pressestelle, Walter Kranz und Fremdenverkehrsdirektor Bertold Konrad, reichlich beisteuern. Bleibt u. a. die von Herbert Kindle zu Recht aufgeworfene Frage, ob sich die Auswirkungen des Liechtenstein-Bildes in der Welt korrigieren lassen, so lange die Ursachen dafür im Lande nicht bekämpft werden (können und wollen)? Schlagzeile in der kommuni-

stischen Tageszeitung «L'Humanité» vom 20. April 1976: «Les spéculateurs vont au paradis» (Die Spekulanten gehen ins Paradies). Im dazugehörigen Beitrag wird Vaduz als eines der am meisten benutzten Steuerparadiese bezeichnet. Allerdings in gleichem Atemzuge mit Frankfurt, Basel, Genf und Zürich. Vorläufig befinden wir uns also noch in bester Gesellschaft.

ZITAT

«Die Presse» Wien

27. April 1976

Hohe Politik um Liechtenstein-Gemälde

Wien (red). Die Kunstsammlung des Hauses Liechtenstein und ihre eventuelle Rückführung nach Oesterreich war Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage von Vorarlberger VP-Abgeordneten an Wissenschaftsminister Firmberg. In ihrer Antwort stellte Firmberg nun fest, dass mit Fürst Franz Josef II. keinerlei Vereinbarungen getroffen wurden, ihr Ministerium auch keine Forderungen gestellt habe. Dabei wies Firmberg auch auf folgendes hin: Selbst wenn man unter dem Titel «Verbot der Ausfuhr von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer und kultureller Bedeutung» einen Rechtsanspruch ableitet, würde seine Durchsetzung für die Beziehungen zwischen beiden Ländern «problematisch» sein.

Die VPB-Sparkkontenkette für den zinsbewussten Sparer